

Reihe
Germanistische
Linguistik

249

Herausgegeben von Armin Burkhardt, Angelika Linke
und Sigurd Wichter

Kersten Sven Roth

Politische Sprachberatung als Symbiose von Linguistik und Sprachkritik

Zu Theorie und Praxis einer
kooperativ-kritischen Sprachwissenschaft

Max Niemeyer Verlag
Tübingen 2004



Reihe Germanistische Linguistik

Begründet und fortgeführt von Helmut Henne, Horst Sitta und Herbert Ernst Wiegand

D 25 Philologische Fakultät, 2003

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-484-31249-1 ISSN 0344-6778

© Max Niemeyer Verlag GmbH, Tübingen 2004

<http://www.niemeyer.de>

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Printed in Germany.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Druck: Hanf Buch- und Mediendruck GmbH, Pfungstadt

Buchbinder: Nädle Verlags- und Industriebuchbinderei, Nehren

Vorwort

Wenn dieses Buch, das im Frühjahr 2003 von der Philologischen Fakultät der Universität Freiburg/Breisgau als Dissertation angenommen wurde (Datum der letzten Prüfung: 23.6.2003), niemandem eigens gewidmet ist, dann hat dies zu tun mit meinem zwiespältigen Verhältnis zu derartigen Widmungen. Die Entscheidung dafür, sich einige Jahre der Arbeit an einem solchen Text zu verschreiben (um den einen niemand gebeten hat), folgt in der Regel höchst eigennützigen Motiven. Es schien mir unredlich, diesen Egoismus im wahren Sinne des Wortes ‚umzuwidmen‘. Andererseits dient eine solche Widmung natürlich dem Dank. Es gibt eine Handvoll Menschen, denen ich tatsächlich dankbar bin. (Am 1.1.2002, mitten während der Arbeit an diesem Buch also, ist wieder ein solcher Mensch in mein – und sein – Leben getreten.) Ich hoffe aber, diesen Menschen meinen Dank gelegentlich würdiger zum Ausdruck bringen zu können als gerade in Form dieser Arbeit.

So bleibt mir, all jenen meinen Dank auszusprechen, die am Zustandekommen dieser Arbeit unmittelbaren Anteil hatten. Dies ist vor allen Dingen ihr Betreuer, Herr Prof. Dr. Jürgen Schiewe. Mit seiner Art, das Dissertationsprojekt von der ersten Idee bis zu seinem Abschluss mit größter gedanklicher Teilnahme und gleichzeitig unter Gewährung eines außergewöhnlich großen Freiraums zu begleiten, wurde er mir im eigentlichen Sinne zum ‚Doktorvater‘. Sein ganz praktischer Einsatz in Form zahlreicher Gutachten und Anträge hat diese Arbeit darüber hinaus finanziell überhaupt erst möglich gemacht.

Für die Besorgung des Zweitgutachtens, sowie für die in diesem enthaltenen sachlichen Hinweise danke ich Frau Prof. Dr. Christina Gansel. Herrn Prof. Dr. Uwe Pörksen schließlich habe ich zu danken für das Drittgutachten, mehr aber noch für die Anregungen in den Jahren meines Studiums und Examens, ohne die mein Weg nicht in die Sprachwissenschaft geführt hätte.

Ausdrücklich zu danken habe ich weiterhin den Teilnehmern unseres denkbar kollegialen und Gewinn bringenden Doktoranden-Kolloquiums: Olja Laskivnyzka, Gabriel Dorta, Johannes Bittner, sowie Beate Leweling und Jürgen Spitzmüller. Vor allen Dingen den beiden letztgenannten, mit denen ich außerdem im Rahmen des ‚Arbeitskreis Sprachkritik‘ so fruchtbar zusammen arbeiten konnte, verdankt diese Arbeit wichtige Hinweise und Anregungen aus zahlreichen Gesprächen. Auch wenn sich die Mitglieder dieser Freiburger Runde inzwischen in alle Himmelsrichtungen verteilt haben, hoffe ich auch weiterhin auf einen regen Austausch mit ihnen allen.

Der Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg und der FAZIT-Stiftung danke ich für die finanzielle Förderung meiner Dissertation. Für die Bereitschaft, das Buch in die ‚Reihe Germanistische Linguistik‘ aufzunehmen,

VI

gilt mein ausdrücklicher Dank den Herausgebern der Reihe und Frau Birgitta Zeller vom Niemeyer-Verlag, deren Entgegenkommen das rasche Erscheinen ermöglicht hat.

Für die unverzichtbare ‚technische‘ Hilfe habe ich schließlich abermals Jürgen Spitzmüller zu danken (für die mehrfache Mühe in verschiedensten Layoutangelegenheiten und insbesondere natürlich für die Erstellung der endgültigen Druckvorlage), sowie Kerstin Brenneisen, Ingrid und Heiko Roth für tagelanges Korrekturlesen.

Kersten Roth
Greifswald, 30.10.2003

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XI
Einführung	1
I Theoretische Grundlagen	5
1. Das Scheitern der nicht-normativen Sprachkritik	7
1.1 Ansätze der nicht-normativen Sprachkritik	8
1.1.1 Hans Jürgen Heringer: ‚Kommunikative Ethik‘	8
1.1.2 Rainer Wimmer: Analyse von ‚Kommunikationskonflikten‘	10
1.1.3 Werner Holly: ‚Reflektierter passiver Sprachgebrauch‘	12
1.2 Zusammenfassung	15
2. Die besonderen Herausforderungen demokratischer Sprache an die Linguistik	17
2.1 Sprachbegriff	19
2.2 Politikbegriff	25
2.3 Demokratiebegriff	30
2.4 Konsequenzen	38
3. Sprachkritik: Heuristische Bestimmungen	41
3.1 ‚Empraktische‘ Sprachkritik	43
3.2 Aspekte des Normproblems in der Sprachkritik	46
3.3 Kritik an der Sprachkritik	56
3.4 Kriterien relevanter Sprachkritik	58
3.5 Die ‚vorwissenschaftliche‘ Tradition der Sprachkritik	61
3.6 Rhetorik als sprachkritische Disziplin	63
4. Standortbestimmung	65
4.1 Beratungsbedarf und Beratungsbedürfnis	65
4.1.1 Beratungsbedarf: Sich beraten – mit wem?	65
4.1.2 Beratungsbedürfnis: Beraten – wen?	68
4.2 Kooperativ-kritische Sprachwissenschaft	70
II Modell und Verfahren	75
5. Konsequenzen aus den theoretischen Vorgaben	77

VIII

6. Prinzipien des Modells	79
7. Struktur des Modells	83
8. ‚Sollbruchstellen des Modells‘	91
III Exemplarische Durchführung eines Verfahrens	95
9. Verfahren: Politikerkommunikation über Massenmedien (Fernsehen)	97
9.1 (Re)konstruktion des rhetorischen Ideals politischer Kommunikation und Sprache (<i>Arbeitsschritt 1</i>)	97
9.1.1 ‚Klassische‘ Rhetorik als Rhetorik der ‚res publica‘	97
9.1.2 ‚Vir bonus‘ – die außersprachliche Basis als Konstituente rhetorischer Theorie	103
9.1.3 Die drei Aspekte des rhetorischen Ideals	108
9.1.3.1 Rede und Gegenrede – das Dialogprinzip	108
9.1.3.2 Sozialisierung und soziale Bindung	113
9.1.3.3 Rhetorische Rationalität	119
9.1.4 Fazit: Das Kommunikationsideal	123
9.2 Politikerkommunikation über Massenmedien – linguistische Befunde (<i>Arbeitsschritt 2</i>)	125
9.2.1 Der Anfangsverdacht in Alltagswissen und Linguistik	125
9.2.2 Medien ‚zwischen‘ Politik und Bürger – Vermittler oder Kommunikator?	127
9.2.2.1 Demokratische Politik und Medien – tatsächliche und vermeintliche Abhängigkeiten	127
9.2.2.2 Politische Sprache und Kommunikation unter den Bedingungen des ‚Leitmediums‘ Fernsehen	132
9.2.3 Politiker in der Kommunikatorenrolle	141
9.2.4 Empirische Befunde zum Sprachhandeln	145
9.2.4.1 Inszenierte Unterhaltsamkeit	146
9.2.4.2 Positionale vs. personale Selbstdarstellung	153
9.2.4.3 Desiderate	159
9.2.4.4 Zusammenfassung	160
9.2.5 Problembestimmung (<i>Ergebnisschritt 1</i>)	162
9.3 Empfehlungen der Rhetorik (<i>Arbeitsschritt 3</i>)	166
9.3.1 Die gestellte Aufgabe	166
9.3.2 Methodische Vorbemerkungen	167
9.3.2.1 Empfehlung oder Vorschrift? Das Problem der rhetorischen Regel	167
9.3.2.2 Rhetorik ohne Rede?	168

9.3.2.3	Die rhetorische Literatur	169
9.3.2.4	Inadäquate Theorieteile	171
9.3.3	Empfehlungen	173
9.3.3.1	Herangehensweise an die kommunikative Aufgabe	173
9.3.3.2	Argumentation	178
9.3.3.3	Sprachlicher Ausdruck	188
9.3.3.4	Haltungen und Beziehungen	194
9.3.4	Fazit: Problemlösungskompetenz	201
9.4	Linguistische Fundierung (<i>Arbeitsschritt 4</i>)	203
9.4.1	Klärungsbedarf	203
9.4.2	Rhetorische vs. linguistische Perspektive auf politische Kommunikation	204
9.4.3	Linguistische Verwerfungen, Ergänzungen, Präzisierungen	208
9.4.3.1	Glaubwürdigkeit	208
9.4.3.2	Argumentation und Topik	214
9.4.3.3	„Uneigentliches“ Sprechen	222
9.4.3.4	Kommunikation von Emotionen	226
9.4.3.5	Die Beziehungsebene kommunikativen Handelns	230
9.4.4	Bilanz: Der Beratungsbeitrag (<i>Ergebnisschritt II</i>)	234
IV	Skizze eines weiteren Verfahrens	235
10.	Exkurs: Soziale Diskriminierung im politischen Sprachhandeln – eine Skizze	237
10.1	Das Ideal der ‚Political Correctness‘ (<i>Arbeitsschritt 1</i>)	239
10.1.1	Der Metadiskurs als Störfaktor	239
10.1.2	Zentrale Aspekte des Ideals	241
10.2	Diskriminierung im politischen Sprachhandeln (<i>Arbeitsschritt 2</i>)	244
10.3	Empfehlungen der Sprachkritik (<i>Arbeitsschritt 3</i>)	251
10.3.1	Die Vorschläge der ‚Political Correctness‘	251
10.3.2	Linguistische Widerlegung (Arbeitsschritt 4 und „Sollbruchstelle“)	252
10.3.3	Alternative: Vorschläge der Rhetorik	255
10.4	Überprüfung und Modifizierung durch die Linguistik (<i>Arbeitsschritt 4</i>)	258

X

V	Ausblick auf die Beratungspraxis	261
11.	Ein praktischer Anwendungsfall	263
11.1	Bearbeitungsweg und -beispiel	263
11.1.1	Das Vorgehen	263
11.1.2	Die Beispiele	265
11.1.2.1	Textbeispiel 1: Sabine Christiansen (22.4.2001)	266
11.1.2.2	Textbeispiel 2: Berlin Mitte (5.7.2001)	267
11.2	Analyse	268
11.2.1	Beispiel 1	268
11.2.1.1	Kontextanalyse	268
11.2.1.2	Argumentative Analyse	269
11.2.1.3	Sprachanalyse	270
11.2.2	Beispiel 2	271
11.2.2.1	Kontextanalyse	271
11.2.2.2	Argumentative Analyse	272
11.2.2.3	Sprachanalyse	273
11.3	Beratungsvorschlag	273
VI	Schluss	281
	Literaturverzeichnis	285

Abkürzungsverzeichnis

<i>Arist. Rhet.</i>	=	Aristoteles: Rhetorik
<i>Arist. Top.</i>	=	Aristoteles: Topik
<i>Cic. De inv.</i>	=	M. T. Cicero: ‚Über die Auffindung des Stoffes‘ (De inventione)
<i>Cic. De orat.</i>	=	M. T. Cicero: ‚Über den Redner‘ (De oratore)
<i>Cic. Orat.</i>	=	M. T. Cicero: ‚Der Redner‘ (Orator)
<i>Gottsch. Redek.</i>	=	J. C. Gottsched: Ausführliche Redekunst
<i>Müll. Zw. Red.</i>	=	A. Müller: Zwölf Reden über die Beredsamkeit . . .
<i>Plat. Gorg.</i>	=	Platon: Gorgias oder: Über die Beredsamkeit
<i>Plat. Phaidr.</i>	=	Platon: Phaidros oder: Vom Schönen
<i>Quint. Inst. orat.</i>	=	M. F. Quintilianus: ‚Ausbildung des Redners‘ (Institutionis Oratoriae)

Einführung

In einem Zeitungsinterview des Jahres 2000 gewährte Bundeskanzler Gerhard Schröder den Lesern einer großen Sonntagszeitung Einblicke in seine Arbeitsweise. So erklärte er unter anderem, wie sehr auch ein politischer Profi wie er, dem zudem der Ruf vorausseilt, der erste ‚Medienkanzler‘ der deutschen Geschichte zu sein, immer noch auf Beratung angewiesen sei, wenn wichtige sprachliche und kommunikative Aufgaben anstünden. Diese Information allein wäre womöglich von einer größeren Öffentlichkeit unbemerkt geblieben. Allein die Tatsache aber, *wen* Schröder – neben seiner Frau – als seinen bevorzugten Berater in solchen Fragen angab, schien eine Meldung auf den bunten Seiten der Republik wert:

GOTTSCHALK BERÄT SCHRÖDER. Vor schwierigen Auftritten sucht Gerhard Schröder manchmal Rat beim erfolgreichsten deutschen Showmaster: Der Kanzler holt sich gerne Tipps bei Thomas Gottschalk. [...] ‚Er ist ein kluger Mann. Und ich zögere nicht, ihm einen Redetext zu geben und zu sagen: ‚Du mit deiner großen Fernseherfahrung, guck mal drauf, gibt es da Formulierungen, die man anders machen würde. Nicht Inhalt natürlich.‘ Er greife gerne auf Ratschläge zurück, sagte der Kanzler. (SPIEGEL ONLINE, 24.9.2000)¹

Nun wird gerade Gerhard Schröder im Allgemeinen nicht zu jenen Politikern² gezählt, denen es besondere Mühe bereitet, zu sprechen ‚wie du und ich‘ (oder doch zumindest so, dass es so wirkt). Überhaupt mag man Zweifel daran hegen, wie häufig es wirklich zu solchen Beratungsgesprächen zwischen dem Bundeskanzler und dem Showmaster kommt. Doch kann man Fragen dieser Art getrost vernachlässigen. Es gehört schlicht zum strategischen Kalkül politischer Kommunikation, derartige Meldungen zu lancieren, die darauf zielen, das eigene Image durch das einer beliebten Unterhaltungsgröße aufzuwerten. Und natürlich sind solche Strategien ihrerseits mitunter Teil groß angelegter Kampagnen, an denen gleich ganze Stäbe von Kommunikationsexperten und von Beratern arbeiten. Es handelt sich dabei um Fachleute aus den Kadern der Parteien, um hochdotierte Mitarbeiter von Werbeagenturen, um ehemalige und noch aktive Medienleute und nicht zuletzt um eine ganze Reihe selbst ernannter Experten auf dem Gebiet politischer Sprache und Kommunikation.

Politische Sprache und Kommunikation sind auch Gegenstand einer inzwischen weit fortgeschrittenen sprachwissenschaftlichen Disziplin. Einem Vorschlag Armin Burkhardts folgend, setzt sich für sie mehr und mehr ein eigener Name durch: *Politolinguistik* (vgl. Burkhardt 1996). Wenn prinzipiell Einigkeit darüber besteht, dass Beratung am besten durch denjenigen erfolgt, der das

¹ Das zitierte Interview erschien in der ‚Welt am Sonntag‘.

² Wo dies nicht durch den Kontext ausdrücklich anders markiert ist, ist in dieser Arbeit die maskuline Wortform im Sinne des ‚generischen‘ Maskulin zu verstehen.

Sachgebiet kennt und beherrscht, so müsste man in der Riege der Politikberater auf dem Gebiet des Sprach- und Kommunikationshandelns an vorderster Stelle Politolinguisten erwarten. Nach ihnen aber sucht man hier vergebens. Mehr noch: Es kommt vor, dass einer ihrer profiliertesten Vertreter die Zuständigkeit für die aktive Verbesserung der politischen Sprache und Kommunikation ganz ausdrücklich von sich weg und anderen zuweist:

Ich glaube schon, daß man da von denjenigen, die sich professionell mit der [politischen] Kommunikation beschäftigen, also von den Medien und den Politikern erwarten muß, daß sie Anstöße geben, daß sie von bestimmten Gewohnheiten, wie sie ihre politische Kommunikation betreiben, abgehen und andere Dinge versuchen.³

Als verstehe sich dies von selbst, wird die Möglichkeit von vornherein ausgeblendet, auch von der Politolinguistik (die sich doch wohl auf ihre Art ebenfalls ‚professionell‘ mit politischer Kommunikation beschäftigt) könnten solche Anstöße ausgehen. Es fehlt nicht an dafür relevanten Erkenntnissen im Fach. Politolinguisten haben manches zu sagen, von dem weder Werbefachleute noch Medienprofis in der Regel etwas wissen. Es fehlt offenkundig an dem Bewusstsein, dass die eigene angewandte Forschung (auch) Grundlage einer Beratungswissenschaft sein könnte. Wenn der Bundeskanzler sich mit Fragen der rechtsstaatlichen Ordnung zu befassen hat, sucht er Rat bei Juristen. Vorschläge und Konzepte zur Arbeitsmarktpolitik lässt er von Wirtschaftswissenschaftlern erarbeiten. In Fragen der politischen Sprache und Kommunikation bleibt ihm nur Thomas Gottschalk.

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist die These, dass eine politolinguistische Politikberatung im gesellschaftlichen Interesse und im Sinne einer Wirksamwerdung dieser Disziplin selbst nötig und geboten ist. Von ihr ausgehend entwickelt sie eine Methode, die es erlaubt, diesen Weg ebenso fundiert wie praktikabel einzuschlagen. Sie versucht dazu zu zeigen, dass es vor allen Dingen die Scheu vor dem kritischen Element jeder Beratung ist, die bislang hemmend wirkte. Als methodische Konsequenz daraus schlägt sie schließlich ein Modell vor, das linguistische um sprachkritische Aspekte ergänzt und beide zum Zweck politolinguistischer Beratung symbiotisch vereint. Das Modell soll es erlauben, den gerade im ideologiefälligen politischen Bereich durchaus berechtigten Anspruch einer eher empirisch-deskriptiven Linguistik auch im Rahmen solcher Verfahren zu wahren, als deren Ergebnis aus praktischem Anwendungsinteresse heraus eine kooperativ-kritische Beratung erwartet wird.

³ Werner Holly in der Podiumsdiskussion zur Tagung der AG ‚Sprache in der Politik‘ in Berlin im Jahre 2000 (Thema: ‚Sprache und Glaubwürdigkeit. Linguistik der politischen Affäre(n)‘). Die Abschrift der Podiumsdiskussion erscheint demnächst in Burkhardt/Pape 2003 und wurde mir freundlicherweise von K. Pape vorab im Manuskript zur Verfügung gestellt. (Diese Arbeit ist in neuer deutscher Rechtschreibung verfasst. Zitate, die im Original in alter Rechtschreibung gedruckt sind, bleiben jedoch prinzipiell auch in orthographischer Hinsicht unverändert.)

Im Einzelnen gliedert sich die Arbeit, von dieser Einleitung und einem Schlusswort abgesehen, in fünf Teile:⁴ Den Anfang bildet eine umfangreiche Erörterung theoretischer Grundlagen (Teil I). Hierunter fällt die Auseinandersetzung mit bisherigen Konzepten einer kritischen Linguistik, bzw. einer linguistischen Sprachkritik (vgl. Kap. 1), mit den besonderen Herausforderungen des Gegenstands ‚demokratische Sprache‘ an die Methodik des Fachs (vgl. Kap. 2), mit der Frage, was unter ‚Sprachkritik‘ zu verstehen ist und welche Formen von Sprachkritik für die Zwecke dieser Arbeit relevant sind (vgl. Kap. 3), sowie mit einer abschließenden Standortbestimmung zum Status dieser Arbeit innerhalb der Sprachwissenschaft (vgl. Kap. 4). Auf diesen theoretischen Grundlagen basiert die Entwicklung des Modells zur Symbiose von Linguistik und Sprachkritik (Teil II), dessen Prinzipien (vgl. Kap. 6) und Struktur (vgl. Kap. 7) bestimmt und erläutert werden. Das Modell wird dann in einem exemplarischen Verfahren am Beispiel der ‚*Politikerkommunikation über Massenmedien*‘ erprobt (Teil III). Auf diese Weise wird die Funktion sämtlicher der im Modell vorgesehenen Arbeitsschritte demonstriert und zugleich die Tauglichkeit der vorgeschlagenen Verfahrensweise an sich erwiesen. Der exemplarischen Durchführung kommt somit als einem beispielhaften Beitrag zur Praxis kooperativ-kritischer Sprachwissenschaft eine Schlüsselstellung in dieser Arbeit zu, obgleich sie letztlich primär zur Illustration des Modells dient, das ihren methodisch-theoretischen Kern ausmacht. Um die Berechtigung des universellen Anspruchs zu belegen, den Modell und Verfahren prinzipiell erheben, folgt ein Exkurs mit der Skizze eines weiteren möglichen Verfahrens. Hierfür wurde der Themenbereich ‚*Soziale Diskriminierung im politischen Sprachhandeln*‘ gewählt (Teil IV). Die Arbeit schließt mit einem Ausblick auf die (im Grunde außerwissenschaftliche) Beratungspraxis (Teil V).

⁴ Auf ein eigenes Kapitel zum ‚Forschungsstand‘ wurde verzichtet, da die vorliegende Arbeit eine zu große Zahl von Aspekten linguistischer Forschung berührt, um diese in einem solchen Überblick sinnvoll zusammenstellen zu können. Der jeweils relevante Forschungsstand wird statt dessen an den entsprechenden Stellen gewürdigt und diskutiert.

I

Theoretische Grundlagen

1. Das Scheitern der nicht-normativen Sprachkritik

Im Zentrum, und damit auch am Beginn der theoretischen Erörterungen zu den Möglichkeiten einer politolinguistischen Beratung, ihren methodischen Grundlagen und ihrer Einordnung ins Fach, muss die Frage nach der *Sprachkritik* stehen. Beraten heißt immer auch Kritik üben, Mängel aufzeigen, die es zu beheben gilt. Wie ist solche Kritik im Rahmen der Sprachwissenschaft möglich? In welchem Verhältnis stehen Sprachwissenschaft und Sprachkritik zueinander? Es liegt nahe, zur Beantwortung dieser Fragen auf bestehende Ansätze zurückzugreifen.

Wer sich heute als Sprachwissenschaftler mit den Möglichkeiten (politischer) Sprachkritik beschäftigt, betritt ein nahezu verlassenes Feld. Diejenigen, die es einmal sehr intensiv bearbeitet haben – Hans Jürgen Heringer, Rainer Wimmer, Werner Holly u.a. –, haben es vor einigen Jahren geräumt und seitdem brachliegen lassen. Dieser gemeinsame Rückzug vom Versuch, eine ‚linguistische‘ bzw. ‚wissenschaftliche‘ Sprachkritik zu begründen, mag verschiedene Gründe gehabt haben. Möglicherweise kamen den daran beteiligten Wissenschaftlern mit dem Jahr 1990 neue Akzente im öffentlichen Interesse in die Quere, die auch das Augenmerk der politischen Linguistik weglenkten von den grundsätzlichen Fragen politischer Sprache und Kommunikation, hin auf die speziellen sprachlichen Verhältnisse im innerdeutschen Einigungsprozess. Hinzu kam die immer schnellere Entwicklung im Bereich der alten und neuen Medien, deren Aufarbeitung – auch im Hinblick auf politische Sprache – zu Recht größeren Raum einnahm.

Daneben aber – diese These soll hier vertreten werden – sorgte auch die methodische Konzeption dieser ‚linguistischen Sprachkritik‘ selbst dafür, dass ihre Autoren sie weitgehend aufgaben, und dass bis heute innerhalb der Linguistik kaum der Versuch unternommen wurde, an sie anzuschließen.¹

Die Arbeiten, die hier zum Konzept ‚linguistische Sprachkritik‘ zusammengefasst werden,² weisen durchaus bedeutende Unterschiede auf, was ihr Vorgehen, ihre Schwerpunkte und Zielsetzungen angeht. Sie reichen von Thesen-

¹ In den 1990er Jahren war es lediglich die Arbeit von H. Schwinn, die ausdrücklich an den von Heringer und Wimmer erarbeiteten Ansatz angeschlossen, von dem sie sich gleichzeitig in ganz grundlegenden Punkten distanzierte (Schwinn 1996). Erst kürzlich hat jedoch nun auch R. Wimmer selbst das Thema einer linguistischen Sprachkritik erneut in Angriff genommen (vgl. den Beitrag in: Linke u. a. 2003). Neuere methodische Ansätze zu einer dezidiert linguistisch begründeten Sprachkritik stellt ein singulärer und methodisch kaum elaborierter Vorschlag durch Ingendahl 2000 dar, sowie die Anregung einer ‚Kritischen Semantik‘ im Bereich der Lexikographie durch Kilian 2001.

² Damit sollen hier die Bemühungen der genannten Autoren in den 1980er Jahren

sammlungen und Maximen (Heringer 1985; Wimmer 1986; Strauß/Zifonun 1985) über in mehreren Aufsätzen entwickelte methodische Entwürfe (Heringer 1988b; Heringer 1988c; Heringer 1990a; Heringer 1990b; Wimmer 1985a; Wimmer 1988; Wimmer 1990; Wimmer 1994) bis hin zu dem Versuch, das theoretisch Eingeforderte ansatzweise in praktische Arbeiten münden zu lassen (Holly 1985; Holly 1993b). Diese Unterschiede sollen im Folgenden nicht geleugnet werden, auch wenn sie im Einzelnen nicht Gegenstand der Argumentation sein können. Statt dessen wird sich zeigen, dass diese Generalisierung unter methodischen Aspekten dennoch zulässig ist und dass der Grund für das gemeinsame ‚Scheitern‘ durchaus auch ein gemeinsamer war.

Zu diesem Zweck lohnt es sich, in einem punktuellen Überblick über einige der genannten Arbeiten methodische Einwände zu sammeln. Eine solche Sammlung kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sie wird auch den einzelnen Arbeiten sicher nicht vollständig gerecht.³ Sie soll aber zeigen, dass der grundlegende Fehler nicht ein nebensächlicher und vereinzelter, sondern tatsächlich einer der Konzeption an sich war.

1.1 Ansätze der nicht-normativen Sprachkritik

1.1.1 Hans Jürgen Heringer: ‚Kommunikative Ethik‘

Im Zentrum der verschiedenen Arbeiten H.J. Heringers zum Thema steht der Entwurf einer ‚kommunikativen Ethik‘. Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die Feststellung, dass sprachliche Normen jeder Art „die moralische Verantwortung der Sprecher unterlaufen“ (Heringer 1988b, 100) und außerdem – oder deshalb – immer autoritär und undemokratisch seien. Heringer setzt jeder äußeren Normierung eine ‚Ethik‘ entgegen, die seiner Auffassung nach ohnehin Teil aller sprachlichen Kommunikation ist und deren Grundregeln er von den ‚Konversationsmaximen‘ H.P. Grice‘ (vgl. Grice 1979) ableitet (vgl. Heringer 1988c, 28):

bezeichnet werden, die ihren Impuls, soweit ich sehe, dem Band ‚Holzfeuer im hölzernen Ofen‘ (Heringer 1988a) verdankten.

³ Wenn im Folgenden auf Arbeiten eingegangen wird, die z.T. knapp 20 Jahre alt sind, kann dies kaum noch als Beitrag zu einer innerwissenschaftlichen Diskussion über diese Ansätze selbst zu verstehen sein. Da es sich bei diesen Arbeiten aber nun einmal um den letzten – und einzigen – größeren Versuch der modernen germanistischen Linguistik zur methodischen Integration der Sprachkritik ins Fach handelt, ist ihre Behandlung für die Klärung der methodischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit von größter Bedeutung.

- Sei informativ!
- Rede verständlich!
- Sei wahrhaftig!

Schwinn 1996 hat inzwischen ausführlich die Schwächen dieses Modells dargelegt, so dass es hier genügt, sich auf das Wesentliche zu beschränken: Die Grice'schen Maximen sind von diesem als ein Raster idealer rationaler Kommunikation gedacht, deren heuristischer Wert gerade darin besteht, aus ihrer Verletzung das herzuleiten, was Grice ‚konversationelle Implikaturen‘ nennt. Diese aber sind wichtiger Bestandteil aller menschlichen Kommunikation und spielen bei alltäglichen sprachlichen Handlungsformen wie Ironie und Metapher, Flirt und Höflichkeit eine Rolle.⁴ Von daher können auch die an Grice angelehnten Maximen Heringers keineswegs Grundlage für eine Ethik sein, und ebenso nicht für die von R. Wimmer sehr ähnlich angelegte und ebenfalls von Grice abgeleitete ‚kommunikative Moral‘ (vgl. Wimmer 1990; Wimmer 1994).⁵ In beiden Fällen gilt, dass sich die Autoren „[...] die Griceschen Konversationsmaximen zunutze machen, jedoch die Absicht, mit welcher Grice seine Maximen aufstellte, nicht erkennen (wollten) und somit Grice letzten Ende falsch rezipieren“ (Schwinn 1996, 58).

Wo eine auf diese Weise konzipierte Sprachkritik sich explizit für den Bereich politischer Sprache empfiehlt, zeigt sich ihre Problematik besonders deutlich: Heringer behauptet, die Glaubwürdigkeit von Politikern hänge von dem Grad ab, in dem ihre Sprache den Maximen der ‚kommunikativen Ethik‘ entspreche (Heringer 1990b, 38–39). Da aber, wie gesagt, die Verletzung der Maximen natürlicher Teil menschlicher Kommunikation ist, stünden die Chancen der Politiker von vornherein schlecht.⁶ Die ethischen Maßstäbe für demokratisches Sprechen müssen also an anderer Stelle gesucht werden.

⁴ Ein weiterer Einwand gegen die Verwendung der Konversationsmaximen ergibt sich daraus, dass diese eben gerade nicht auf der rein sprachlichen Ebene funktionieren, sondern immer Wahrnehmung und Auswertung des Kontextes durch den Hörer voraussetzen („Es zieht.“ kann nur der als Aufforderung verstehen, das Fenster zu schließen, der sich mit dem Sprecher in einem Raum mit geöffnetem Fenster befindet.)

⁵ Vgl. zu dieser Kritik an der Umdeutung der Grice'schen Maximen auch: Ingendahl 2000, 441–442

⁶ Dies führt die Untersuchung politischer Sprache zuweilen in grundsätzliche Irrwege: So versucht etwa Straßner 1991 zu beweisen, dass politische Kommunikation im Regelfall („Maximenverstoß als Regel. Zum Grundprinzip politischer Kommunikation“) gegen die Wahrhaftigkeitsmaxime verstoße – und belegt dies ausgerechnet anhand einer ausführlichen Analyse der öffentlichen Äußerungen Uwe Barschels seit dem Bekanntwerden der schweren Anschuldigungen gegen ihn. Was ergibt eine solche Analyse anderes, als dass ein in die Enge getriebener Übeltäter im Zweifelsfall zur Lüge neigt? Das Spezifikum ‚politischer Kommunikation‘ bleibt hier völlig unklar.

Schließlich findet sich bei Heringer auch der Leitsatz der ‚linguistischen Sprachkritik‘, wie er aus der Beschränkung auf die ‚kommunikative Ethik‘ folgt: „Haben wir aber die Analyse, so ist auch alles getan“ (Heringer 1988c, 27). Auf diesem Grundsatz basiert letztlich der ganze Anspruch, eine sprachkritische Methode vorzuschlagen, die mit moralisch-feuilletonistischen Traditionen nichts zu tun hat, indem sie dem gängigen Ausschlusskriterium wissenschaftlichen Arbeitens entspricht: der Beschränkung auf Analyse und Deskription.

Zu welchen Problemen diese Beschränkung für das Konzept ‚linguistischer Sprachkritik‘ führt, lässt sich an den Arbeiten R. Wimmers zeigen, der sich auf Heringers Leitsatz bezieht.

1.1.2 Rainer Wimmer: Analyse von ‚Kommunikationskonflikten‘

Gegenstand einer solchen rein analytischen Sprachkritik sind nach Wimmer ‚Kommunikationskonflikte‘. Dieser Festlegung liegt die Überlegung zu Grunde, dass sich verschiedene Sprecher in ihrem kommunikativen Handeln von unterschiedlichen Normen leiten lassen. Diese sind im Normalfall alltäglicher Kommunikation unproblematisch, können aber – gerade im hochgradig ideologisierten und abstrakten Bereich der Politik – zu Konflikten führen. Wimmer sieht die Aufgabe linguistischer Sprachkritik nun darin, solche Normenkonflikte aufzudecken, zu analysieren und zu interpretieren, und so den beteiligten Sprechern bewusst werden zu lassen. Als oberstes Ziel der Sprachkritik formuliert er entsprechend: „Die Kommunikationsbeteiligten sollen ihre Sprache reflektiert gebrauchen“ (Wimmer 1988, 298).⁷ Mit diesem Anspruch wird der Arbeitsbereich ‚linguistischer Sprachkritik‘ also auf den Aspekt der ‚Sprachnormenkritik‘ (vgl. von Polenz 1988) beschränkt, wobei diese ausdrücklich im Aufdecken und Bewusstmachen der Konflikte ihre Grenze hat, während die Bewertung der jeweilig miteinander konkurrierenden Normen außerhalb ihrer Reichweite liegt. Am Ende der Analyse steht die Bewertung des Konflikts (was auch immer das genau heißt), nicht aber die der ihm zu Grunde liegenden Normen (Wimmer 1986, 152; Wimmer 1988, 303; Wimmer 1994, 259).

Das Argument für diese Selbstbeschränkung leitet Wimmer (unter Rückgriff auf Fritz Mauthner) aus der „extremen inneren Mehrsprachigkeit in der Sprachgesellschaft“ (Wimmer 1994, 258) ab, in die der Sprachkritiker nicht eingreifen habe.

Um Wimmers Konzept nachvollziehen zu können, muss man sich zunächst darauf einlassen, allein schon die Beförderung bewusster Reflexion über sprachliche Normen und über die Konflikte, zu denen diese führen können, als ‚Kritik‘ zu bezeichnen. Dies scheint zunächst auch durchaus zulässig, wenn

⁷ Ähnlich: Wimmer 1986: These 11, 152–153; Wimmer 1994, 259

man das prinzipiell aufklärerische Interesse in Rechnung stellt, das dem Ansatz zu Grunde liegt.⁸ Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass sich diese Beschränkung für Wimmer zwangsläufig aus einem Wissenschaftsbegriff ergibt, der sich dadurch auszeichnet, auf die Behauptung, Verteidigung oder Kritik sprachlicher Normen prinzipiell zugunsten reiner Analyse zu verzichten.

In der Praxis – von der Wimmer selbst Proben gibt – erweist sich dieser Anspruch als kaum haltbar. Dies beginnt bereits damit, dass der Sprachkritiker unweigerlich gezwungen ist, aus der unüberschaubaren Menge in Frage kommender Normenkonflikte diejenigen auszusuchen, zu deren Aufklärung er beitragen möchte. Damit stellt sich das Problem, das Max Weber jeglicher sozialwissenschaftlichen Forschung attestiert hat: Ihre ‚Objektivität‘ ist eine relative, ihr vorgeschaltet ist immer die Auswahl bestimmter Gesichtspunkte, die nur interessengeleitet erfolgen kann (Weber 1988). Ein Blick auf einige der von Wimmer durchgeführten Beispielanalysen illustriert dies. Dort finden sich unter anderem: Eine Reihe Komposita aus dem Lexem ‚Atom‘, eine Rede der RAF-Terroristin Ulrike Meinhof (Wimmer 1985a, 256–258), öffentliche Verhandlungen zum Fall des vom Bundesamt für Verfassungsschutz zeitweilig unter dem Verdacht terroristischer Verbindungen abgehörten Atommanagers Dr. Klaus Traube (Wimmer 1988, 304–313), sowie die bildungspolitische Erklärung eines Arbeitskreises der CDU (Wimmer 1986, 154–156). Diese Auswahl wurde dem Sprachkritiker Wimmer nicht von außen vorgegeben. Auch der Verweis darauf, es handle sich nur um Beispiele, greift nicht. Da es unmöglich ist, sämtliche Normenkonflikte zu erfassen, würde sich das Problem der Selektion immer stellen. Und die Auswahl allein begünstigt nun einmal an sich schon die eine Norm, benachteiligt die andere. Auf welcher Grundlage kann sie getroffen und verantwortet werden, wenn sich ihr Urheber auf die Objektivität reiner Analyse beruft?

Aber auch innerhalb der nach dieser Auswahl vorgenommenen Analysen erweist sich der Neutralitätsanspruch als problematisch. So vermerkt Wimmer etwa zu seinem Beispielgegenstand ‚Atombrennstoff‘:

Welche Implikationen, die in dem Wort verpackt sind, müßte eine linguistische Analyse versuchen, zutage zu fördern? Unter anderem sicherlich die euphemistische Aussage, daß es sich bei dieser Sache um einen Brennstoff handele wie Holz, Kohle, Öl und andere Dinge. (Wimmer 1985a, 256)

Eindeutig verlässt Wimmer hier den Bereich ausschließlicher Beschreibung der dem Begriff zu Grunde liegenden Verwendungsnorm. Vielmehr führt er den Ausdruck als nicht-sachgerecht vor. Dies deutet nicht nur die distanzierende

⁸ Dies betont auch Schwinn 1996 (170), der Wimmers Ansatz in dieser Hinsicht lediglich modifiziert, indem er den Begriff ‚Kommunikationskonflikt‘ durch ‚Auslegungskonflikt‘ ersetzt („Um von einem Kommunikationskonflikt sprechen zu können, bedarf es zweier Personen, es mögen sich aber auch zwei Auslegungen einer Äußerung in einer Person widerstreiten.“ – 165)

indirekte Rede an, sondern macht vor allen Dingen der zweifellos wertende Begriff ‚euphemistisch‘ unbestreitbar. Damit aber wird nicht der Widerspruch zwischen einer Sprachnorm und einer anderen, sondern vielmehr der zwischen einer Sprachnorm und ihrem Gegenstand berührt, und daran anschließend die Sprachnorm selbst beurteilt. Das von ihm diagnostizierte Missverhältnis zwischen Ausdruck, der Vorstellung, die sich mit diesem verbindet (dem Begriff also) und der Sache macht Wimmer zu seinem Gegenstand. Damit bewegt er sich zwar im angestammten Tätigkeitsfeld der jahrtausendealten Tradition von Sprachkritik,⁹ verlässt aber seinen Anspruch reiner Analyse von Sprachnormkonflikten.

Noch schwieriger wird die Einhaltung der von Wimmer gewünschten Selbstbeschränkung dort sein, wo der Gegenstand der Kritik nicht auf der Ebene semantischer oder syntaktischer Normenkonflikte angesiedelt ist, sondern funktionale und im weiteren Sinne pragmatische Aspekte zwischenmenschlicher Kommunikation berührt.¹⁰ Im Bereich der politischen Sprache, der, wie die Beispiele gezeigt haben, das Hauptinteresse der ‚linguistischen Sprachkritik‘ galt, sind dies ohne Frage die lohnenderen und weitreichenderen Fälle. Welche Schwierigkeiten das Beharren auf einer rein analytischen Sprachkritik hier bereitet, lässt sich an einer Arbeit W. Hollys aufzeigen.

1.1.3 Werner Holly: ‚Reflektierter passiver Sprachgebrauch‘

W. Holly hat sich – zum Teil zusammen mit anderen Autoren – in mehreren Arbeiten mit den Typen politischer Sprachhandlungen beschäftigt.¹¹ In einigen davon erhebt er einen explizit sprachkritischen Anspruch (Holly 1985; Holly u. a. 1986) und bezieht sich dabei auf das Konzept linguistischer Sprachkritik, das Heringer und Wimmer vorwiegend theoretisch entworfen haben:

⁹ Schon Platons ‚Kratylos‘-Dialog widmet sich dieser Frage nach der ‚Richtigkeit‘ der Benennungen (vgl. Pörksen 1994b).

¹⁰ Da es Wimmer im Falle des ‚Atombrennstoffes‘ ja auch nicht – wie etwa der journalistisch-politischen Sprachkritik der 1950er Jahre (z.B. einigen Artikeln des berühmten ‚Wörterbuch des Unmenschen‘) – um den Ausdruck an sich, sondern um seine Verwendung geht, ließe sich auch hier von einem pragmatischen Aspekt sprechen. Hier soll mit ‚pragmatisch‘ eine Perspektive bezeichnet werden, die die komplexen Bedingungen sprachlichen Handelns im Blick hat.

¹¹ Vor allen Dingen auch in der großen Untersuchung ‚Politikersprache‘, die jedoch nicht mehr den hier zur Diskussion stehenden Arbeiten zur ‚linguistischen Sprachkritik‘ zuzurechnen ist. Dort nämlich differenziert Holly methodisch deutlich zwischen dem sprachkritischen Anspruch an eine ideale transparente politische Sprache (ethisch-aristotelischer Sprachbegriff) und dem rein beschreibenden Anspruch des Faktischen (realistisch-funktionaler Sprachbegriff), zwischen denen er keinerlei Verbindung im Sinne analytischer Sprachkritik herstellt (Holly 1990b: Kap. 1.1.).

Der Kern sprachkritischer Bemühungen um politische Äußerungen sollte dann auch Analyse sein. [...] Beschäftigung mit politischer Sprachkultur sollte nicht auf die normierende Bekämpfung irgendwelcher sprachlicher Mittel zielen, sondern darauf, die Analysefähigkeit weiterer Kreise der Bevölkerung zu verbessern. (Holly 1985, 203)

Die Analysefähigkeit der Bürger – mit Wimmers Worten müsste man wohl von einem ‚reflektierten passiven Sprachgebrauch‘ sprechen – ist das Ziel Hollys. Sein konkreter Gegenstand ist ein Interessenkonflikt, den er in der politischen Kommunikation zwischen Politikern einerseits und Bürgern andererseits ausmacht. Während politische Kommunikationsakte nach Holly in Wahrheit ausschließlich Akte des ‚Werbens‘ und ‚Legitimierens‘ darstellen, werden sie in der Regel getarnt als das, wofür der Bürger sie aus der Perspektive seiner Interessen hält: Akte der ‚Information‘ und ‚Argumentation‘ (Holly 1985, 197). Indem die beiden Kommunikationspartner – Politiker und Bürger – den Sprechakten und –stilen also grundsätzlich unterschiedliche Funktionen zuweisen, ergibt sich ein manifester Kommunikationskonflikt. Den Ausweg aus dem Konflikt sieht Holly, wie es die zitierte Passage andeutet, darin, dass die Linguistik diesen nicht nur selbst durch Analyse aufdecken, sondern zudem dem Bürger selbst Analyseinstrumente an die Hand geben müsse. In der Folge schlägt Holly als ein solches alltagstaugliches Analyseinstrument die ‚Paraphrase‘ vor.¹² Die Übung des Umschreibens von Politikeraussagen ermögliche es, behauptet er, die wahren Sprechakte zu erkennen, die hinter diesen stehen (Holly 1985: 204–206). Deren Bewertung könne man dann dem Bürger selbst überlassen. Sie sei nicht Sache des Linguisten, der mit der Analyse bereits seine sprachkritische Schuldigkeit getan habe.

Auch diesem Konzept ließe sich aufgrund seines nun explizit aufklärerischen Anspruchs durchaus das Etikett ‚Sprachkritik‘ zusprechen. Seine Fraglichkeit ergibt sich indes wiederum daraus, dass es den eigenen Anspruch nicht zu halten vermag. Man mag die Frage einmal bei Seite lassen, wie realistisch die Vorstellung ist, man könne auf die vorgeschlagene Art und Weise nennenswerte Teile der Bürgerschaft zu ‚weisen Sprachkritikern‘¹³ machen. Ein solcher Einwand könnte allzu leicht zum billigen Totschlagargument gegen alle Versuche aufklärerischen Wirkens werden. Aber auch ohne Rücksicht auf die Praktikabilität dieser Methode stellt sich die Frage nach ihrer angeblichen Objektivität und ihrer Leistung. So verwundert es wenig und erscheint beinahe zirkelschlüssig, wenn Hollys letzte Stufe in der Umschreibung einer Passage

¹² Offenbar bietet hier die von B. Brecht unter dem Namen ‚Lehre von den eingreifenden Sätzen‘ entwickelte Methode literarischen Umschreibens die Vorlage (vgl. zu Brecht: von Polenz 1999, 313–324).

¹³ In seiner Rezension zu ‚Holzfeuer im hölzernen Ofen‘ bemerkte Holly unter dem Titel ‚Können wir alle weise Sprachkritiker werden?‘ noch: „Hier also liegt die Grenze sprachkritischer Hoffnungen. *Alles* ist mit der Analyse eben nicht getan; denn von der Bewußtheit zum Anders-Handeln ist oft ein weiter Weg“ (Holly 1983, 106).

aus einer Rede des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl lautet, dieser wolle bei den Bürgern für seine Position werben (Holly 1985, 205–206).¹⁴ Jede Paraphrase – nicht nur eine derartig radikale – verschiebt Akzente und wechselt die Perspektive. Die Existenz ‚objektiver‘ im Sinne neutral analysierender Paraphrasen ist nicht vorstellbar.

Der Kern des Problems scheint jedoch in einem inneren Widerspruch des Modells politischer Kommunikation selbst zu liegen, das diesem Ansatz zu Grunde liegt. Auf der einen Seite nämlich akzeptiert der Sprachkritiker Holly – da eine Wertung ihm ja nicht zusteht –, dass Politiker-Kommunikation immer nur auf Werbung und Legitimation ausgerichtet sein kann, wenn sie funktional sein will. Andererseits setzt er sich das Ziel, den Bürger in die Lage zu versetzen, dies zu durchschauen. Würde dann die Sprache der Politiker aber noch werbend und legitimierend wirken? Mit anderen Worten: Würde sie ihre einzige Funktion dann überhaupt noch erfüllen?¹⁵ Und wessen Vorteil wäre diese Zerstörung der angeblich zentralen Leistung politischer Kommunikation?¹⁶

Dieser Widerspruch im konfrontativen Modell politischer Kommunikation, das Holly entwirft, erweist sich bei näherer Betrachtung als unmittelbare Folge der Selbstbeschränkung auf Analyse. Würde man es nämlich dahingehend ändern, dass man eine informative Politikerrede sehr wohl als eine Möglichkeit vorsähe – also die reine Interessenkonfrontation nicht als zwangsläufige Annahme –, dann käme man nicht mehr umhin, das jeweilige Sprachhandeln der politischen Akteure danach zu bewerten, ob und inwieweit es Anforderungen an politisches Sprechen in der Demokratie genügt. Dies aber würde ein politisch, und das heißt ein ethisch begründetes Demokratieideal voraussetzen, aus dem sich Maßstäbe auch für die politische Sprache ableiten ließen.

Es kann hier nur angedeutet werden, zu welchen prinzipiellen Verschiebungen im sprachkritischen Konzept es führen würde, wenn man die angesprochenen Modifikationen im Modell politischer Kommunikation vornähme. Zunächst einmal würde dies bedeuten, anstelle des eindimensionalen Konfrontationsmodells, die Funktionen politischen Sprachhandelns zumindest um eine

¹⁴ Eindeutig zirkelschlüssig ist dagegen die ‚Maxime‘, die Strauß/Zifonun 1985 von Seiten der Linguistik dem Bürger mitgeben wollen, der bei ihnen um sprachkritisches Handwerkszeug gegenüber der Sprache des Politikers bittet: „Sei kritisch gegenüber dem Geltungsanspruch seiner Ziele“ (214).

¹⁵ Ähnlich Bandhauer 1990 zu einem typischen Teufelskreis in metasprachlichen Diskursen über den manipulativen Charakter politischer Sprache. Dieser bestehe in einem „[...] Widerspruch zwischen dem eigenen Anspruch, aufklärerisch zu wirken und einer de facto Infragestellung des potentiellen Erfolgs dieser Bemühungen durch die eigenen Thesen“ (238).

¹⁶ Der gleiche Einwand lässt sich gegen die ähnlich argumentierende Arbeit von G. Strauss und G. Zifonun erheben, die ebenfalls von einem grundsätzlichen Interessenkonflikt ausgehen, dessen Offenlegung vor allem den Bürger interessiere (Strauß/Zifonun 1985, 213).

Komplexionsstufe zu erweitern.¹⁷ Es ist nämlich keineswegs so, dass das Interesse des Politikers an Werbung und Legitimation auf Seiten des Bürgers nicht auf ein Äquivalent stößt. Vielmehr entspricht es dem fundamentalen Anspruch des Bürgers, von den politischen Akteuren und Inhabern staatlicher Macht eine Orientierungsleistung zu erhalten. Interessen verschiedener sozialer Gruppen müssen im Hinblick auf das wie auch immer zu definierende Gemeinwohl gebündelt und ausgehandelt werden. Es ist kein Zufall, dass alle modernen pluralistischen Demokratien Wahlkämpfe zum elementaren Inventar ihrer politischen Aktionsformen zählen: Werben und Legitimieren sind zentrale Aufgaben eines Politikers, der seine Funktion auch darin sieht, die von ihm zu vertretenden Entscheidungen dem Bürger nachvollziehbar zu machen.¹⁸ Auf dieser Ebene also ergibt sich zunächst einmal gar kein Konflikt. Allerdings besteht im Sinne des Demokratieideals von Transparenz natürlich auch ein grundlegender Anspruch des Bürgers auf Information, der zu dem nach Orientierung hinzutritt. Diesem Anspruch genügt nun politische Sprache tatsächlich nicht immer und nicht per se. Er muss vielmehr immer von neuem erhoben werden. Aber – und darin liegt der entscheidende Unterschied zum Modell Hollys – sie muss nicht erhoben werden vor dem Hintergrund eines prinzipiellen Widerspruchs von Werbung und Information, sondern am Maßstab demokratietheoretischer, also ethischer Ideale, die dann differenziert, in jedem Falle aber normativ zu begründen wären (vgl. Kapitel 5 auf S. 77). Eine Beschränkung auf reine Deskription ist dann nicht mehr aufrecht zu erhalten. Statt dessen eröffnet sich eine ganz neue Perspektive: An die Stelle des Konflikts zwischen Politiker und Bürger ist nämlich nun ein Konflikt zwischen den verschiedenen Anforderungen an das Sprachhandeln des Politikers getreten.

1.2 Zusammenfassung

Der kritische Überblick über einige Arbeiten der ‚linguistischen Sprachkritik‘ hat bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze und der gegen sie vorgebrachten Einwände deutlich gezeigt, dass sie sich alle in einem Punkt gleichen: Sie er-

¹⁷ In der Realität bündeln sich in politischen Sprachhandlungen zweifellos noch weitaus mehr Handlungsaspekte.

¹⁸ Der Politologe W. Hennis beschrieb kürzlich die Aufgabe des Politikers in der funktionierenden Demokratie so: „ Die Aufgabe eines Repräsentanten besteht ja nicht nur darin, Interessen von unten nach oben zu transportieren, sondern vor allem darin, das, was als Kompromissformel gefunden worden ist, der eigenen Klientel gegenüber zu vertreten, dafür die Zustimmung zu finden. Das ist die unverzichtbare erzieherische Funktion eines Politikers. Wer sich darum drückt, hat seinen Beruf verfehlt.“ (Hennis/Kiderlen 2000)

füllen nicht ihren eigenen Anspruch, eine Sprachkritik zu begründen, die sich auf Analyse beschränkt und ohne äußere Maßstäbe, letztlich ohne Wertungen auskommt. Es hat sich gezeigt, dass der Grund dafür, dass dieser Ansatz gescheitert ist, am Ansatz selbst liegt. Der Begriff ‚linguistische Sprachkritik‘ wurde synonym verwendet mit dem Terminus ‚wissenschaftliche Sprachkritik‘. Wenn man aber – wie es mit der Beschränkung auf reine Analyse die behandelten Arbeiten ausnahmslos tun – ‚wissenschaftlich‘ mit ‚deskriptiv‘, also ‚nicht-normativ‘ gleichsetzt, dann ist der Ansatz schon in seiner Bezeichnung ein Oxymoron. Sprachkritik ist wertende Metasprache. Nicht-normative Sprachkritik kann es von daher nicht geben.¹⁹ Die Begründer der ‚linguistischen Sprachkritik‘ sind selbst immer wieder an die natürliche Grenze gestoßen, die ihnen der Konzeptionsfehler gesetzt hat. Sie haben sie entweder übertreten (wie Wimmer im Falle des ‚Atombrennstoffs‘ oder Holly in seiner radikalen Paraphrasierung der Kohl-Rede) oder sich auf fragwürdige kritische Suggestionen zurückgezogen, wo sie selbst sich explizite Kritik verwehrt hatten.²⁰ W. Dieckmann hat das Unbehagen an dieser merkwürdigen Zurückhaltung schon früh aus Sicht gerade auch der nicht-linguistischen Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht:

Wie kann jemand etwas offensichtlich Kritikwürdiges beschreiben und dann sagen, Kritik läge ihm fern? Ich muß gestehen, daß mir das an der ‚linguistisch begründeten Sprachkritik‘ bisher auch unverständlich geblieben ist. (Dieckmann 1985a, 228)

Und über die wahren Motive dieses Verhaltens mutmaßte er:

Es schützt, so mein unliebsamer Verdacht, nur vor dem wissenschaftlichen Kollegen, der Werturteile in wissenschaftlichen Veröffentlichungen auch dann nicht akzeptiert, wenn sie ausdrücklich sind und ihre Grundlage explizit angegeben ist. (Dieckmann 1985a, 229)

Die Zaghafteigkeit, mit der die Vertreter der nicht-normativen Sprachkritik, alle Wertungen fürchtend, jeder Art der Verbindlichkeit auszuweichen versuchten und jeden Anspruch aktiven Eingreifens in die sprachliche Realität von sich wiesen, musste letztlich das Scheitern des Vorhabens bedeuten:

Sprachkritik, die nichts ändern will, ist wohl keine. (Kilian 2001, 308)

¹⁹ Zum Problem von Wertung und Norm vgl.: Abschnitt 3.2 auf S. 46

²⁰ Wie ist es etwa zu deuten, wenn Autoren ihrer Arbeit einen ‚kritischen Unterton‘ (Holly u. a. 1986, 204) zugestehen, die ansonsten feststellen: „Als Sprachwissenschaftler, die Beschreibungen geben, wöhnen wir uns zwar nicht in einem wertfreien Vakuum, unser Ziel aber ist die Frage nach dem ‚Wie‘, nicht die Frage, ob das alles so richtig ist.“ (2)?

2. Die besonderen Herausforderungen demokratischer Sprache an die Linguistik

Dass selbst der bislang bedeutendste Ansatz, sprachkritisches Denken in die Sprachwissenschaft zu integrieren, an einem rein deskriptiven Wissenschaftsbegriff festzuhalten versuchte, macht deutlich, wie dominant dieser innerhalb des Faches ist, wie sehr er bisweilen den Charakter eines regelrechten Dogmas annimmt. Gerade das aber bedeutet eine nicht selten kontraproduktive Selbstbeschränkung des Faches, die sicherlich einen wesentlichen Beitrag zu seiner viel beklagten Bedeutungslosigkeit in der Öffentlichkeit (vgl. Dieckmann 1991; Stichel 1999) leistet. Dennoch ist anzunehmen, dass der Schaden, den ein solcher Wissenschaftsbegriff bereitet, nicht in jeder sprachwissenschaftlichen Teildisziplin der gleiche ist. Es ist plausibel, dass etwa die klinische Linguistik allein schon mit der exakten Beschreibung bestimmter Aphasien Ergebnisse liefert, die von beträchtlichem Wert für die Betroffenen sein können, indem sie Medizinem entscheidende Grundlagen für deren Therapie bieten. Auch die Computerlinguistik muss die semantischen und syntaktischen Strukturen natürlicher Sprachen nicht unbedingt zum Gegenstand sprachkritischer Reflexionen machen, um entscheidende Hinweise für die Gestaltung künstlicher Programmiersprachen zu gewinnen. In beiden Fällen ergibt sich dies aus der speziellen Bestimmung der beiden Disziplinen, die zum einen in ihrem Gegenstand, zum anderen in ihrem Anwendungsbezug begründet ist: Die spezifische Aufgabenstellung der Computerlinguistik ergibt sich aus der Natur der elektronischen Datenverarbeitung (etwa ihrer prinzipiell mathematisch-logischen Anlage), die klinische Linguistik wiederum sucht Antworten auf Fragen, die sich aus medizinischen Anwendungserfordernissen ergeben. Es ist also ‚die Natur der Sache‘, die einen rein empirisch-deskriptiven Ansatz in diesen Teildisziplinen sinnvoll erscheinen lässt. Ganz unproblematisch lassen sich klinische und informatische Linguistik als ‚exakte‘ Wissenschaften betreiben, ohne dass ihr gesellschaftlicher Wert fraglich wäre.

Die Politolinguistik – diese These gilt es im Folgenden zu begründen – kann ihrer Natur nach keine rein deskriptive Wissenschaft sein. Sie gehört vielmehr jenem Bereich wissenschaftlicher Reflexion an, den W. Lepenies als die „dritte Kultur“ (vgl. Lepenies 1988) bezeichnet, und den naturwissenschaftlichen Erkenntnisformen einerseits, sowie den geisteswissenschaftlichen andererseits

neben- und sogar übergeordnet hat.¹ Diese *Gesellschaftswissenschaften* aber sind per se auch normativ, soweit sie überhaupt relevant sind.²

Die Politolinguistik entwickelt angesichts des in den letzten drei Jahrzehnten immens gestiegenen Forschungsaufwands in ihrem Bereich ein wachsendes Selbstbewusstsein im Sinne einer – „wo nicht im engeren Sinne eigenständigen, so doch eingrenzbar“ (Burkhardt 1996, 75) – Teildisziplin. Gleichzeitig diagnostiziert sie eine erstaunliche Bedeutungslosigkeit ihrer Erkenntnisse in jenen Nachbardisziplinen, die sich ebenfalls mit politischer Sprache und Kommunikation beschäftigen (vgl. Klein 1998c, 186), womit wohl in erster Linie an die Politikwissenschaft, in zweiter eventuell auch an Soziologie, Pädagogik und Geschichtswissenschaft gedacht ist. Während man die fehlende Anwendung der sprachwissenschaftlichen Grundlagen in den verwandten Wissenschaften also zumindest beklagt, wird die Frage nach der Relevanz der Politolinguistik für die Politik selbst – etwa im Sinne der in dieser Arbeit angestrebten Beratung – in der Regel gar nicht erst gestellt.³ Vor allen Dingen aber bleibt die Frage danach, inwieweit die Ursachen für diese Bedeutungslosigkeit womöglich im linguistischen Umgang mit politischer Sprache selbst liegen könnten, allzu oft ausgespart. Sie aber würde unmittelbar zu dem ernsthaften Versuch führen müssen, Gegenstand und Zielsetzung der Disziplin exakter zu fassen und so – analog zur klinischen Linguistik und zur Computerlinguistik – ihre spezifische Fragestellung und wissenschaftstheoretische Grundlage zu bestimmen. Prinzipiell geklärt werden müssen *Sprachbegriff*, *Politikbegriff* und *Demokratiebegriff*.

¹ Lepenies verbindet damit gleichzeitig eine grundsätzliche Kritik an dem in den Sozial- und Politikwissenschaften weit verbreiteten Versuch, die Rationalität naturwissenschaftlicher Erkenntnis nachzuahmen, der einen schmerzlichen Verzicht bedeutet auf die „wirklichen Glaubensinhalte, die gefühlt und nicht gewußt werden wollen“ (Lepenies 1988, XVIII).

² Die viel grundsätzlichere Frage nach dem Status der Sprachwissenschaft als Ganzer zwischen Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften muss im Sinne des Erkenntniszieles an dieser Stelle nicht erörtert werden, obgleich auch sie den einen oder anderen Berührungspunkt zum verhandelten Gegenstand hat. Hierfür soll es jedoch genügen, auf die einschlägige, Anfang der 1990er Jahre in der Zeitschrift für Sprachwissenschaft geführte Kontroverse zu verweisen, die wohl die wichtigsten der bis heute relevanten Aspekte zu dieser Frage enthält (vgl. Jäger 1993b, Bierwisch 1993, Grewendorf 1993 und Jäger 1993a).

³ Wenn ein solcher Gedanke überhaupt formuliert wird, dann nicht innerhalb der Linguistik, sondern gerade in einer der Nachbardisziplinen, etwa von Politikologen, die sich von textlinguistischen Erkenntnissen eine Bereicherung der Politikwissenschaft versprechen und als Ziel formulieren: „politische Linguistik als Politik-Beratung“ (Sandhövel/Wittkämper 1992, 145).

2.1 Sprachbegriff

Ein wesentlicher und kaum strittiger Grundzug des politolinguistischen Sprachbegriffs ergibt sich aus der Selbstbezeichnung der Fachrichtung: Es geht um Sprache in einem ganz bestimmten Kontext, der – unter welchen Maßgaben auch immer, darauf wird zu kommen sein – als ‚politisch‘ bezeichnet wird. Wo Sprache im Kontext interessiert, geht es in jedem Fall um *Sprachgebrauch*. Weder das fiktiv-abstrakte sprachliche System, noch die einzelne sprachliche Äußerung sind Untersuchungsgegenstand, weder ‚*langue*‘ noch ‚*parole*‘. Sprachgebrauch soll hier also jene Ebene von sozialen Normen bezeichnen, die innerhalb einer Sprechergruppe die Auswahl der sprachlichen Mittel aus dem Angebot der ‚*langue*‘ nicht beliebig machen, sondern einen bestimmten Ausschnitt der Möglichkeiten sanktionieren. Wenn Politolinguisten ‚Kaschierungsstrategien‘ bei Politikern untersuchen (Klein 1989c; Klein 1998b, 382–389) oder die ‚Imitation von Moderatorenmustern‘ durch Teilnehmer politischer Fernsehdiskussionen (Rütten 1989, 219–221), dann entstammt das zu Grunde liegende Datenmaterial natürlich dem Bereich der ‚*parole*‘ – relevant aber sind die Erkenntnisse nur, wenn sie auf die Ebene einer Norm übertragbar erscheinen. Man mag diesen Bereich als ‚usage‘ bezeichnen (nach Coseriu 1975) oder als ‚Sprachbrauch‘ (von Polenz 1988). Gemeint ist in jedem Falle das, was in bestimmten Kontexten ‚üblich‘ und bei bestimmten Sprechergruppen ‚Brauch‘ (im tatsächlichen Sinne von ‚Sitte‘, ‚Gewohnheit‘) ist. In diesem Sinne soll im Folgenden von ‚Sprachgebrauch‘ die Rede sein.

Aus dem natürlichen Interesse der Politolinguistik am politischen Sprachgebrauch ergibt sich zweitens ein prinzipiell pragmatischer Sprachbegriff. Dabei ist ‚Pragmatik‘ hier nicht im engeren Sinne als Gegenbegriff zu Semantik und Syntax zu verstehen.⁴ Gerade im Bereich der politischen Semantik gibt es spätestens seit der Diskussion um das ‚Besetzen‘ von Begriffen (vgl. Liedtke u. a. 1991) eine große Anzahl linguistischer Arbeiten (vgl. z.B. Klein 1989b). Dabei geht es jedoch stets um die Funktionalisierung und den strategischen Umgang mit Bedeutungen. In diesem Sinne ist hier weniger an eine eigenständige Disziplin ‚Pragmatik‘ gedacht, der die Politolinguistik unterzuordnen wäre, sondern eher an einen prinzipiell pragmatischen Ansatz, eine pragmatische ‚Strategie‘ (Schlieben-Lange 1979: Kap. 3), die der linguistischen Beschäftigung mit politischem Sprachgebrauch immer zu Grunde liegt. Politische Sprache gewinnt ihre Bedeutung immer aus ihrem Handlungsaspekt:

⁴ So wurde der Begriff von Morris in die Linguistik eingeführt, wobei dieser Syntax als die Gliederung der Zeichen, Semantik als das Verhältnis Zeichen/Referent und Pragmatik demgegenüber als das Verhältnis Zeichen/Interpret definiert hat (Morris 1988: v.a., 52–68). Zur Problematik dieser Definition siehe u.a.: Levinson 1994: Kap.1

Sprache ist nicht nur ein wichtiges Mittel des Politikers, sondern das Element, in dem sein Beruf sich vollzieht. Was er auch tut, auf welchem Feld er auch wirkt, stets arbeitet er mit dem geschriebenen, gelesenen, gehörten oder gesprochenen Wort. (Greiffenhagen 1980,9)

Der Politiker – das ist die pragmatische Grundannahme der Politolinguistik – kann gar nicht anders handeln als sprachlich. Das Interesse an der damit verbundenen Bedeutung der Sprache für die Ausübung und Sicherung politischer Macht, die wiederum tiefere Wurzeln in bestimmten ebenfalls von der Sprache berührten sozialen Konstellationen hat, erzwingt eine pragmatische Strategie beim Umgang mit den linguistischen Methoden. Nicht von ungefähr kamen wesentliche Impulse für die Ausbildung der modernen linguistischen Pragmatik aus dem Bereich der Soziolinguistik (Wunderlich 1974: 3.) und zielten unmittelbar darauf ab, der linguistischen Forschung „[...] solche Fragestellungen zugrunde [zu]legen, die tatsächlich relevant sind für die Anwendungszwecke“ (Wunderlich 1970, 9).

Die politolinguistische Perspektive auf politischen Sprachgebrauch als Sprachhandeln impliziert schließlich den Aspekt der Intention. ‚Handlungen‘ unterscheiden sich vom einfachen ‚Verhalten‘ durch das Vorhandensein einer Absicht beim Handelnden. Der politische Sprachgebrauch entsteht aus ganz konkreten kommunikativen Erfordernissen, bildet sich auf Seiten der Sprecher im Hinblick auf eine entsprechende Funktion aus. Die Sprecher führen also Handlungen aus, von denen sie annehmen, dass sie eine bestimmte Wirkung erzielen,⁵ die wir hier für den Bereich öffentlicher politischer Sprache vorläufig mit dem Begriff ‚Persuasion‘ umschreiben können.⁶

Methodisch ergeben sich für die Linguistik hier zwei schwerwiegende Probleme, die sich gegenseitig bedingen: Zum einen sind die Intentionen einer Sprachhandlung nicht in jedem Falle aus dieser selbst heraus ersichtlich. Sie werden keineswegs in einem 1:1-Verhältnis ausdrucksseitig abgebildet, sonst wären Missverständnisse jeglicher Art nicht möglich.⁷ Im konkreten Fall der

⁵ Die prinzipielle Angewiesenheit politischen Handelns auf Sprache rückt den Aspekt der Intentionalität, der kommunikationstheoretisch der „konstitutive Grundzug menschlichen Sprachgebrauchs“ (Lewandowski 1990: Bd. 2, 472) überhaupt ist, hier mehr als bei alltäglichem Sprachgebrauch, in den Mittelpunkt des Interesses.

⁶ Auf diese auf W. Dieckmann (Dieckmann 1981b) zurückgehende prinzipielle Charakterisierung politischer Sprache wird im Zusammenhang mit der Bestimmung des Demokratiebegriffs zurückzukommen sein (vgl. Abschnitt 2.3 auf S. 30).

⁷ Die Alltagssprachliche Erfahrung missverständlicher Sprachhandlungen zeigt auch die geringe Reichweite sprechakttheoretischer Methoden, die von der Annahme ausgehen, es ließe sich jeder sprachlichen Ausdrucksweise aufgrund der Festlegung allgemeingültiger Regeln bzw. Gelingensbedingungen ein ganz bestimmter Sprechakt zuweisen. Schließlich würde dies bedeuten, dass Missverständnisse nur dort entstehen können, wo der Empfänger diese Regeln nicht kennt – was aber nur heißen kann, dass diese Regeln eben nicht in allgemeingültiger und unzweideutiger Weise existieren.